

PAUL LENDVAI

## Der Fall Petritsch

Der international viel leicht bekannteste österreichische Diplomat, Wolfgang Petritsch, bekommt demnächst den Europäischen Menschenrechtspreis. Diese hohe internationale Auszeichnung wurde ihm wegen seiner langjährigen Bemühungen um friedliche Zusammenarbeit der Volksgruppen und um Stabilisierung der Lage in der Krisenprovinz Kosovo und in Bosnien-Herzegowina verliehen. Der kenntnisreiche Kärntner Slowene war sowohl als EU-Sondergesandter für den Kosovo und Chefverhandler für die Kosovo-Friedenskonferenz wie auch als Hoher Repräsentant für Bosnien-Herzegowina (de facto Gouverneur) hoch angesehen, weil er stets unparteiisch, aber zugleich entschlossen gehandelt hat.



Man kann seine Rolle in der Balkan-Politik seit seiner Ernennung als österreichischer Botschafter 1997 in Belgrad nicht hoch genug einschätzen. Nicht nur als exzellenter Vertreter der internationalen Staatengemeinschaft zwischen 1998 und 2002, sondern auch als Buchautor und Vortragender hat Petritsch – ebenso wie übrigens Erhard Busek und Albert Rohan – maßgeblich zum Verständnis der verschlungenen Wege der Balkan-Politik beigetragen. Er hat sich mutig für die (wenn auch zeitweilig eingeschränkte) Unabhängigkeit der serbischen Provinz Kosovo ausgesprochen und auch den Etikettenschwindel mit dem von britischen Diplomaten erfundenen Scheinbegriff „West-Balkan“ abgelehnt.

Warum ist nun dieser bedeutende Diplomat, Jahrgang 1947, in den letzten Jahren nicht seinen Fähigkeiten entsprechend eingesetzt worden? Sein Fall spiegelt in mancher Hinsicht die Widersprüchlichkeit der österreichischen Innen- und Parteipolitik wider. Dass der junge Petritsch von 1977 bis 1983 ein loyaler und umgänglicher Pressesekretär von Bundeskanzler Bruno

Kreisky war, bereicherte ihn zwar mit einzigartigen Erfahrungen, vor allem was Österreichs Platz in der Weltpolitik betrifft, doch war es auf lange Sicht keine Empfehlung in einem eher bürgerlich geprägten Außenamt. Seine achtjährige Tätigkeit als Leiter des österreichischen Presse- und Informationsdienstes in New York (1984–1992) hatte ihn für höhere Aufgaben vorbereitet. Da aber die Affäre um Kurt Waldheims Kriegsvergangenheit gerade in diese

Zeitspanne fiel, wollten manche – allerdings erfolglos – ihm aus seiner angeblichen Mitwirkung einen Strick drehen. Vor seiner bereits erwähnten glanzvollen internationalen Karriere diente Petritsch 1995–1997 als internationaler Abteilungsleiter der Stadt Wien. Bei der Nationalratswahl 2002 wurde er Listenführer der SPÖ in Wien und wäre im Falle eines Wahlsieges als österreichischer Außenminister vorgesehen gewesen. Warum blieb er dann nicht in der Politik? Dem Kreisky-Zögling bot sich wohl keine seinen Fähigkeiten entsprechende Stellung als Außenpolitiker in den Reihen der SPÖ-Fraktion an. Deshalb nahm der enttäuschte Petritsch die ihm bereits vor dem Wahlgang als Botschafter in Genf zugewiesene Funktion an.

Der nach einer langen Durststrecke siegreichen Sozialdemokratie wird von manchen Beobachtern sowohl im Bund als auch in Wien Freundel- und Claqueurwirtschaft vorgeworfen. Der bisherige Umgang mit diesem international profilierten Diplomaten war für keine Seite ein Ruhmesblatt. Bei der Neubesetzung der zahlreichen vakant gewordenen Botschafterposten könnten nun Bundeskanzler und Außenministerin beweisen, dass dieser persönlich absolut integre und hochqualifizierte Diplomat endlich seinen Fähigkeiten entsprechend bei der EU in Brüssel oder bei der UNO in New York eingesetzt wird.

## Ein paar Empfehlungen an die neue Kultur- und Kunstministerin mit „Finanzkompetenz“ zu einer neuen Job-Description jenseits von Spätfeudalismus und Schutzengel-Fantasien

Martin Fritz\*

Eifrig wurde der Lebenslauf der neuen Ministerin für Bildung und Kultur nach Kunstsinigkeit untersucht und erleichtert zur Kenntnis genommen, dass sie neben ihren Banking-Qualifikationen als Vertreterin des Finanzministeriums im Kuratorium der Salzburger Festspiele, als Aufsichtsrätin von „Art for Art“ oder als Vorstandsmitglied der Wiener Symphoniker auch kunstnahe Erfahrungen vorweisen konnte. Dadurch beruhigt, dominieren in den Reaktionen die üblichen Hoffnungen nach „besserem Klima“, „Dialog“ oder „Zuhörerbereitschaft“, ohne dass eine Veränderung des grundlegenden Verständnisses von Kulturpolitik gefordert wird.

Wenn die Begriffe aus der Beziehungsarbeit im Politischen zu dominieren beginnen, ist es höchste Zeit, eine Veränderung der Grundstrukturen ins Auge zu fassen. Dabei könnte die Außenperspektive der neuen Ministerin ein Vorteil sein.

An die Stelle des tradierten grenzmonarchischen Bildes des zuständigen Politikers als Schutzpatron, Motivator und Finanzier seiner Gefolgschaft, welches nach dem bösen Onkel Morak nun wieder mit einem gütigeren Gesicht gefüllt werden könnte, sollte so etwas wie respektvolle Distanzkultur treten. Es geht um ein geändertes Verhältnis von Kulturpolitik zur kulturellen Zivilgesellschaft. In diesem Sinne ein paar Hinweise für erste, eigentlich selbstverständliche, Schritte:

1. **Absagen lernen** – Sagen Sie wöchentlich eine Eröffnungsrede ab, und laden Sie sich dorthin ein, wohin Sie nicht gerufen werden, um dort Cheflobbyistin für Kunst und Kultur in jenen gesellschaftlichen Bereichen zu sein, die einer Ministerin eher einen Empfang bereiten als den Kunstschaffenden selbst: Zahnärztekongresse, Bankingnetzwerke, Reitsportverbän-



Die von vielen kritisierte „Außenperspektive“ von Gehrler- bzw. Morak-Nachfolgerin Claudia Schmied könnte sich als Vorteil erweisen ...

Foto: APA

de, skeptische Heimatverbände, BerufsschulabsolventInnen. Nützen Sie jedes Forum außerhalb der Kunst und Kultur, um für Interesse, Begeisterung, Respekt, Neugier ... und Geld zu werben. Um die Kernschicht kümmern wir uns einweilen selbst.

2. **Außen agieren** – Die bisher effizienteste Galerieförderung war eine allgemeine Exportförderung für Messebeteiligungen. Die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge betrifft Kunstschaffende zentral. Das Urheberrecht definiert einen Großteil des Handlungsraum für Kunst im öffentlichen Raum.

### Worthülsen einmotten

Vergessen Sie nicht, wenn Sie von „Selbstständigen“ hören, dass damit auch 90 Prozent der Künstler gemeint sind, und überlassen Sie Integration nicht den dafür nominell Zuständigen. Etablieren Sie eine Stabstelle, die beständig andere Politikfelder auf kunst- und kulturrelevante Sachverhalte und Eingriffsmöglichkeiten hin untersucht.

3. **Denken lassen** – Die wohlfeilen Beteuerungen der über-

ragenden Bedeutung von Kunst und Kultur für die Gesellschaft werden gerne gehört und brauchen immer aufs Neue Verstärkung. Trotzdem werden uns die Worthülsen hochkonjunkturell geprägter Mainstreamsozialdemokratie und ein Begriffsapparat der Siebziger nicht durch die rauer werdenden Verteilungskämpfe des 21. Jhdts. führen.

Eine der wesentlichsten Herausforderungen des Moments ist die Entwicklung neuer und „belastbarer“ Begründungen für staatlich kulturpolitisches Handeln und eine Positionsbestimmung kultureller Arbeit jenseits ökonomischer (Umweg)Rentabilitäten, aber auch jenseits einer überkommenen – letztendlich aus einem obsoleten Geniebegriff folgenden – Glorifizierung der heroischen Künstlerhelden. Die aktualisierten Begriffe für die Standardfloskeln von „Gewissen der Nation“, über „das Salz der Gesellschaft“ bis hin zum „Sensorium für zukünftige Entwicklungen“ sind noch nicht gefunden.

Niemand erwartet diese Zentralbegriffe von Ihnen. Lassen Sie also andere denken. Es gibt genügend, deren tägliche Arbeit darin besteht, sich mit solchen Fragen ausei-

nanderzusetzen – und Antworten zu finden.

4. **Arbeiten lassen** – Das historische kulturpolitische Versäumnis, keine dezentralen oder teilautonom ausgelagerten Zuständigkeiten innerhalb der Kunst- und Kulturfinanzierung zu schaffen und auch keine Verbreiterung der Finanzierungsstruktur über die Direktsubvention hinaus (etwa durch steuerliche Anreize) anzustreben, sollte sich nicht wiederholen. Gründen Sie Agenturen für Auslands-kulturarbeit.

### Mehr Transparenz

Schaffen sie autonome Fonds für Übersetzungen, die auch anderen Finanziers offen stehen. Überlassen Sie einen Teil ihrer Zuständigkeit experimentell den Betroffenen, übertragen Sie Kompetenz temporär an Ihre Beauftragten oder dauerhaft an neue Spieler im Feld.

Öffnen Sie den qualifizierten Beamten und Abteilungen motivierende Spielräume. Lassen Sie erfahrene Institute Biennalen besichtigen und legen Sie profilierten Macher/innen ruhig noch etwas drauf, bevor Sie selbst Projekte beginnen, die andere besser können.

5. **Distanziert bleiben** – Etablieren Sie die Umgangsformen der professionellen, zivilen Welt in ihrem Haus und in Ihren Stäben. Lassen Sie zurückrufen, beantworten Sie Briefe innerhalb verlässlicher Fristen und geben Sie transparent Einblick in die aktuellen und zukünftigen Schwerpunktsetzungen Ihrer Arbeit. Machen Sie bekannt, wer Sie berät. Etablieren Sie verantwortliche und angreifbare Einzelpersonen, Gremien, Beamte und Agenturen als Ansprechpartner/innen im operativen Geschäft.

Vergeben Sie Beratungsaufträge nach offenen Verfahren, statt sich exklusiv dem Kaffeehaus auszuliefern, und bedienen Sie sich strukturiert der hervorragenden Kompetenz der österreichischen Szenen. Bezahlen Sie für Rat und Tat und veröffentlichten Sie die somit gewonnenen Erkenntnisse und Entscheidungen.

\*Martin Fritz ist Kurator und Leiter des Festival der Regionen in Oberösterreich, Vorstandsmitglied der Manifesta Foundation in Amsterdam und berät Kunstinstitutionen in Strukturfragen.

## LESERSTIMMEN

### Was woll'n s' denn?

Betrifft: Streitobjekt Studiengebühren

Ja was woll'n denn die Studenten eigentlich?, fragte einst Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg anlässlich hartnäckiger Studentendemonstrationen. Man könnte die Frage heute wiederholen, denn hört man die trotzigsten Forderungen der ÖH-Vertreter, so kommt einem das Ganze wie ein Partout-Standpunkt vor. Als Student der 60er-Jahre musste man Inskriptionsgebühren und Taxen, später ÖH-Beiträge zahlen, und keiner hat das damals infrage gestellt ...

Dr. Alf Gerd Fantur  
1030 Wien

Zur Nichtdurchsetzung des SPÖ-Wahlschlagers „Studiengebühren abschaffen“ ist zu sagen: Es handelt sich dabei um einen Schwarz-Weiß-Slogan nach dem Muster von Klassenkampfpapieren und um keinen positiven Lösungsan-

satz für das (angebliche) Anliegen. Freier Studienzugang für alle wird nicht durch Gebührenfreiheit erzielt, sondern nur durch Begleitmaßnahmen wie sinnvolle Begabtenförderung bereits ab dem Volksschulalter und durch seriöse Elternaufklärung. Für Gebührenerparnis gibt und gab es immer eine Stipendienregelung, deren weiterer Ausbau ja im Regierungsprogramm nicht negiert wird.

Mag. Günter Braun  
1020 Wien

Bei Durchsicht von Inskriptionsblättern aus dem Jahr 1908 von Studentinnen an der Wiener Universität – im Zuge einer Recherche – konnte ich feststellen, dass die Studentinnen je nach der Anzahl der belegten Vorlesungen zwischen 20 und 50 Kronen pro Semester bezahlen mussten.

Der Gehalt eines Ordinarius und Institutsvorstandes betrug damals 12.000 bis 15.000 Kronen jährlich. Das heißt, dass der monatliche Gehalt ei-



Studentenproteste: trotzig Klassenkämpfer? Foto: AP

nes Ordinarius vor 100 Jahren mit den Studiengebühren von 20 bis 30 Studenten bezahlt war. Man muss also der neuen Bundesregierung unter dem Sozialdemokraten Gusenbauer zugute halten, dass sie die Gebühren im Vergleich zur Zeit von Kaiser Franz Joseph nicht wesentlich erhöht haben. Aber vielleicht sollten Professoren fordern, dass das Verhältnis Studiengebühren/Gehalt auf eine ähnliche Größe gehoben wird, wie es vor 100 Jahren war

Dr. Robert Rosner  
per Internet

### Alles oder nix?

Betrifft: „Kdolsky macht sich in ÖVP keine Freunde“

DER STANDARD, 17. 1. 2007 Die Nichtdiskriminierung ist Kdolsky auch bei Eltern wichtig. Sie betonte, dass Kinder natürlich nicht nur für ihre Eltern eine Belastung darstellen können und sie den Kinderlosen-Schutz „als Thema vorantreiben“ wolle. Sie äußerte die Hoffnung, dass es mit der freiwilligen Selbstbeschränkung der Gastronomen, wonach ein Teil der Lokale für Kinderlose reserviert werden soll, klappt. Wenn nicht, dann werde sie sich mit allen Betroffenen zusammensetzen. Wenn sie sich in einem Hotel oder Restaurant über Raucher beschwere, „die andere zwingen an ihrem Genuss teilzunehmen, hat man sofort eine Phalanx gegen sich, die einen der Raucherfeindlichkeit bezichtigt“. Dabei sieht sich Kdolsky als „große Raucherfreundin“, aber „mit kritischem Potenzial, wenn Raucher in unange-

nehmerweise in mein Leben intervenieren“. Sie plädiere jedenfalls für die Freiheit der Menschen und mache darauf aufmerksam, dass man nicht auf der einen Seite zusätzliche Rechte für verschiedene Gruppen fordern und auf der anderen Seite Verschärfungen einführen könne.

Also: Entweder dürfen alle alles oder keiner nix, nicht?  
Christian Reichetzedler  
per Internet

### Vorbildwirkung

Betrifft: Nachhilfeangebot des Bundeskanzlers

Ich nehme das Versprechen des neuen Bundeskanzlers, Nachhilfestunden zu leisten, ernst. Sollte er diesmal wirklich sein Wort halten, wäre er ein Vorbild für viele (z. B. „Arbeit suchende“ Lehrer).

Da ich über ausreichende Freizeit verfüge, bin ich gerne bereit, es ihm gleichzutun und „Zuwandererkinder“ (ohne Bezahlung) zu unterstützen.  
Josef Schubert  
1120 Wien